



**Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch

Aussenpolitische Kommission des Nationalrats

Per Mail an: dv.voelkerrecht@eda.admin.ch

8. Dezember 2025

### **Stellungnahme zum direkten Gegenentwurf zur «Neutralitätsinitiative»**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,  
sehr geehrte Mitglieder der APK-N,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

### **Ablehnung der «Neutralitätsinitiative» (Pro-Putin-Initiative)**

Die SP lehnt die sogenannte «Neutralitätsinitiative», treffender als *Anti-Sanktions-Initiative* bzw. *Pro-Putin-Initiative* bezeichnet, entschieden ab. Diese Volksinitiative würde die aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz massiv beschneiden. In der Tat propagiert die aktuelle Initiative ein starres Neutralitätsverständnis, das jeden aussen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum des Bundesrats und des Parlaments zunichtemachen würde. Insbesondere soll der Schweiz die Übernahme von EU-Sanktionen gegen Kriegs- und Aggressionsstaaten verboten werden. Ein solcher Sanktionsverzicht liefe faktisch auf eine Parteinahme zugunsten des Aggressors hinaus. Denn jede Handlung sowie jede Unterlassung, z.B. jede (Nicht-)Übernahme von EU-Sanktionen, ist ein Positionsbezug; es gibt nicht so etwas wie die reine, neutrale Position. Anstatt neutral zu bleiben, würde die Schweiz sich damit ins Lager des Putin-Regimes stellen und zugleich gegen ihre engste Partnerin, namentlich die EU, positionieren. Damit spielte die Initiative autoritären Regimes direkt in die Hände und würde die Schweiz aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch schwächen. In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen ist sie ausserdem ein Hochrisikoexperiment mit unsicherem Ausgang.

Zudem widerspricht diese Pro-Putin-Initiative der seit dem Ende des Kalten Krieges gelebten aktiven Neutralitätspolitik der Schweiz. Seit dem Neutralitäts-

bericht von 1993 praktiziert die Schweiz eine flexible Neutralität, die es ihr erlaubt, je nach Lage international abgestützte Sanktionen zu ergreifen und sich klar zum Völkerrecht zu bekennen. Der Bundesrat hat 2022 ausdrücklich festgehalten, dass die seit 1993 geltende Neutralitätspraxis sich bewährt hat und genügend Spielraum lässt, um wirksam auf neue Entwicklungen, wie den Ukraine-Krieg, zu reagieren.<sup>1</sup> Die Neutralitätsinitiative hingegen will diesen bewährten Rahmen verlassen und die Schweizer Neutralität auf ein enges, integrales Konzept reduzieren. Ein solch rigides Neutralitätsdogma, in dem Aggressor und Opfer stets gleichzubehandeln wären, steht im Widerspruch zur flexiblen Neutralitätspolitik, die die Schweiz in den letzten 30 Jahren erfolgreich verfolgt hat. Die SP Schweiz hält nichts von Experimenten in der Neutralitätspolitik. Die bewährte Praxis bietet genügend Stabilität und Flexibilität; die «Neutralitätsinitiative» hingegen würde beides gefährden.

### **Ablehnung des direkten Gegenentwurfs**

Angesichts der klaren Ausgangslage erachtet die SP Schweiz auch den vom Ständerat vorgeschlagenen direkten Gegenentwurf als unnötig und kontraproduktiv. Politisch-taktisch besteht keinerlei Handlungsbedarf: Alle Bundeshausparteien ausser der SVP lehnen die Neutralitätsinitiative einhellig ab, und der Bundesrat selbst empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu bringen. Die Schaffung eines direkten Gegenentwurfs suggeriert fälschlicherweise, dass in der Neutralitätspolitik ein Regulierungsvakuum oder Reformbedarf bestehe. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die bisherige Neutralitätspraxis funktioniert und bietet ausreichende Flexibilität, um im Einzelfall im Einklang mit den Landesinteressen sowie dem internationalen Recht zu handeln. Entsprechend hält der Bundesrat zu recht fest, dass die Verankerung eines starren Neutralitätsbegriffs in der Verfassung nicht im Interesse der Schweiz liegt. Ein Gegenvorschlag würde diesen vom Bundesrat vertretenen Grundsatz unterlaufen und der SVP-Initiative unnötigerweise politische Legitimität verleihen.

Hinzu kommt, dass praktisch keine Aussicht besteht, dass das Initiativkomitee sein Begehren zugunsten eines Gegenvorschlags zurückziehen wird. Die Urheber der Initiative, organisiert im SVP-nahen Verein Pro Schweiz, pochen deziert auf einer integralen Neutralität, welche explizit den Verzicht auf nicht durch die UNO verpflichtend beschlossene Sanktionen beinhaltet. Genau dieser

---

<sup>1</sup> Bundesrat, [Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik](#), 26.10.2022, S. 25.

Punkt würde vom direkten Gegenentwurf jedoch nicht übernommen. Es ist daher absehbar, dass die SVP an ihrer Anti-Sanktions-Initiative festhalten wird. Statt einen gefährlichen Alleingang abzuwenden, könnte der Gegenvorschlag somit das Gegenteil bewirken: Er führt dazu, dass am Ende zwei Vorlagen zur Neutralität an die Urne kommen, was der Initiative unnötig Auftrieb gibt und ihre Kernanliegen noch breiter diskutierbar macht. Aus Sicht der SP wäre dies fatal, da es die klare Ausgangslage verzerrt. Einige Befürworter:innen des Gegenvorschlags argumentieren zwar, ein alternativer Verfassungstext verschaffe im Abstimmungskampf Vorteile und ermögliche den Stimmbürger:innen eine nuanciertere Entscheidung. Die SP warnt jedoch, dass ein Gegenvorschlag vor allem eines signalisiert: dass die Neutralitätsinitiative ernst zu nehmen sei und zumindest teilweise berechtigte Anliegen enthalte. Ein solcher Eindruck würde den rechten Initiant:innen in die Hände spielen, ohne dass damit irgendein tatsächlicher Mehrwert geschaffen würde.

Inhaltlich erweist sich der direkte Gegenvorschlag als überflüssig. Wie bereits dargelegt, lässt die geltende Rechtslage (insbesondere der Neutralitätsbericht 1993 und das Embargogesetz) der Schweiz genügend Spielraum, um situativ über Sanktionen zu entscheiden. Der Bundesrat betont in seiner Botschaft zu recht, dass ein klarer Kurswechsel der Neutralitätspolitik nicht angezeigt ist. Mit anderen Worten: Die Schweiz benötigt keine neue Verfassungsbestimmung, um ihre Neutralität glaubwürdig zu gestalten. Im Gegenteil würde eine solche Kodifizierung nur bestehende Handlungsspielräume verengen. Neutralität ist kein Selbstzweck, sondern ein aussen- und sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz. Dieses Instrument muss flexibel bleiben, damit die Schweiz im Dienste von Frieden, Sicherheit und Menschenrechten adäquat reagieren kann. Eine starre Verfassungsregelung hingegen würde die Neutralität zweckentfremden: Sie nähme ihr den dynamischen, an die Lage angepassten Charakter und zwänge sie in ein enges Korsett.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz






Mattea Meyer  
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth  
Co-Präsident

Severin Meier  
Politischer Fachreferent